

Ankaras Bringschuld

Die Türkei hat das Verbot der PKK, der Kurdischen Arbeiterpartei, aufs wärmste begrüßt. Dies ist keine Überraschung, kämpft doch die PKK seit 1984 mit den Mitteln des Mordes und des Terrors um einen kurdischen Staat. Auch wenn das Verbot politischer Organisationen dem liberalen Rechtsstaat nicht gut zu Gesichte steht (und deren Mitglieder bloß in den Untergrund abdrängt), hat Innenminister Kanther richtig gehandelt. Denn die PKK hat Deutschland nicht nur als sicheren Hafen, sondern auch als Arena für ihren gewaltsamen Kampf genutzt.

Jedenfalls macht das Innenministerium die

PKK für sechs große Anschlagswellen in Westeuropa und in Deutschland in den Jahren 1992 und 1993 verantwortlich. Bonn lastet der PKK auch die Anschlagsserie vom 4. November an, die ein Menschenleben kostete. Es wäre zwar besser gewesen, die Schuld der PKK zu beweisen, aber immerhin haben auch England und Holland die PKK verboten, und Frankreich hat jüngst eine Reihe von Großrazzien gegen sie inszeniert. Zumindest befindet sich Bonn so in der allerbesten Gesellschaft.

Entscheidend ist freilich ein anderer Faktor: Es gibt ein Kurden-Problem in der Tür-

kei, das gerechtere Behandlung, zumal großzügige Autonomie-Regelungen, heischt - und nicht die brutale Unterdrückungspolitik durch die Armee. Bislang erhielt aber Bonn von Ankara immer nur die stereotype Antwort: Wie könnt ihr von uns Wohlverhalten fordern, wenn ihr unseren schlimmsten Feinden Gastrecht gewährt? Nach dem PKK-Verbot kann und muß Bonn anders auftreten - nach der Devise: Wir haben unsere Schuldigkeit getan, jetzt seid ihr an der Reihe: mit einer Politik, die sich nicht bloß auf Bomben verläßt.

jj